

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Dritter Nationalpark: Nicht weiter Streit in die Regionen tragen - mit Steuergeld sorgsam umgehen!

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, den Ministerratsbeschluss vom Juli 2016 „Die Staatsregierung strebt einen dritten Nationalpark in Bayern an“ aufzuheben.

Begründung:

Das Vorhaben der Bayerischen Staatsregierung, einen dritten Nationalpark auszuweisen, hat bisher bereits im Steigerwald, dem Spessart und im Ammergebirge zu teils massivem Streit geführt und die Bevölkerung bis in Vereine und Familien hinein gespalten. Durch den Ministerratsbeschluss wird verantwortungslos politischer Druck aufgebaut, einen weiteren Nationalpark durchzusetzen, obwohl bisher aus keiner Region Bayerns ein Ruf nach einem dritten Nationalpark gekommen ist.

Ein Nationalpark kann nur bei großem Rückhalt in der örtlichen Bevölkerung und Wirtschaft sowie bei eindeutigem gesellschaftlichem, ökologischem und ökonomischem Zusatznutzen weiterverfolgt werden. Für die bisher konkret ins Auge gefassten Gebietskulissen im Steigerwald, Spessart und Ammergebirge sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Weitere diskutierte mögliche Standorte sind noch nicht konkret genug benannt. Bayern hat mit den Nationalparks Bayerischer Wald und Berchtesgaden bereits zwei Nationalparks, die jährliche Kosten von mehreren zehn Millionen Euro verursachen. Ein weiterer Nationalpark würde enorme Kosten für den Steuerzahler und viele Nutzungseinschränkungen nach sich ziehen.

Es ist unklar, ob und wie weit diese Ausfälle durch zusätzliche Tourismuseinnahmen aufgefangen würden und wie weit den bestehenden Nationalparks diesbezüglich eine Konkurrenz geschaffen würde. Vor diesem Hintergrund muss der aktuelle Druck aus der Nationalparksuche genommen und der Ministerratsbeschluss zurückgenommen werden.